

Gesehen & gehört

Ein Fehr-Tweet erzürnt die SVP

Kantonsrat Manche Politiker posten Nebelmeere auf Facebook, andere twittern knackige Botschaften. Letztere leben gefährlicher, wie die gestrige Sitzung im Kantonsrat zeigt.

Social-Media-Muffel haben eine Theorie: Jeder Politiker, der exzessiv twittert oder auf Facebook postet, stürzt früher oder später ab und löst einen Shitstorm aus – heisst er nun **Donald Trump** oder **Claudio Zanetti**. Bei den Zürcher Regierungsräten lassen nur die beiden SVPLer **Ernst Stocker** und **Markus Kägi** die Finger von den sozialen Medien. Die FDPler **Carmen Walker Späh** und **Thomas Heiniger** sowie **Silvia Steiner** (CVP) zeigen sich brav an Gewerbeshows, Wirtschaftsanklässen und Spatenstichen. **Mario Fehr** (SP) ist aktiver, meldet sich frühmorgens per Selfie von der Felsenegg mit Nebelmeer, zeigt sich mit Polizisten, Soldaten, Turnveteranen und immer wieder an Fussballspielen. Politisch Biss auf Facebook hat nur **Jacqueline Fehr** (SP). Und prompt ist nun einer ihrer Kommentare Thema im Kantonsrat.

Am 4. November schrieb Justizministerin Jacqueline Fehr im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsinitiative der SVP: «Wir gewinnen die Abstimmung gegen diese Anti-Demo-



Die SP-Regierungsräte Mario und Jacqueline Fehr (rechts).

kraten nur, wenn jede und jeder von uns noch mindestens zwei zusätzliche Leute an die Urne bringt.» Fehr kommentierte einen Bericht über eine Podiumsdiskussion zur Initiative in Suhr, an der Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** (SP) beleidigt und ausgebuht wurde. SVP-Kantonsrat und Vollgas-Twitterer **Claudio Schmid** fordert nun im Netz: «Diese Aussage der Justizministerin muss Konsequenzen haben.»

Und prompt reichten **Hans Egli** (EDU), **Hans-Peter Amrein** und **Anita Borer** (beide SVP) einen Vorstoss ein unter dem Titel: «Verleumderische Behauptungen einer Regierungsrätin». Jacqueline Fehr habe einen «grossen Teil der Bevölkerung als Anti-Demokraten tituliert». Die drei wollen vom Regie-



Hans-Peter Amrein (SVP, links) und Thomas Vogel (FDP).

rungsrat wissen, ob dieser hinter der Aussage seiner Kollegin stehe. Eine Teilantwort hat zumindest Jacqueline Fehrs Parteikollege Mario Fehr schon geliefert. Im Zusammenhang mit dem Verhalten der Kantonspolizei an der umstrittenen Veranstaltung von **Christoph Blocher** zum Landesstreik von heute Abend in Uster sagte Fehr: «Wann immer Demokraten im Kanton Zürich eine politische Veranstaltung durchführen wollen, werden wir dafür besorgt sein, dass diese auch stattfinden kann.» Für den einen Fehr sind die SVPLer also Demokraten, für die andere Fehr Anti-Demokraten.

Jacqueline Fehrs Qualifizierung zumindest eines Teils der SVP als «Anti-Demokraten» findet die grüne Fraktionspräsidentin

Esther Guyer «politisch nicht klug». Wegen einer solchen Lappalie jedoch gleich einen parlamentarischen Vorstoss einzureichen, sei «ebenso daneben». SP-Fraktionspräsident **Markus Späth** stützt Jacqueline Fehr: «Auch eine Regierungsrätin bleibt eine vollberechtigte Stimmbürgerin, und als solche darf sie eine politische Meinung haben und diese über ihren privaten Facebook-Account veröffentlichen.» Von einer Regierungsrätin erwarte er geradezu, dass sie sich klar positioniere. Fehr-Kritiker **Hans-Peter Amrein** befindet sich auf einem «Eunuchen-Trip», nachdem er im Rat auch politisierende Uni-Professoren heftig kritisiert hatte.

Kein Eunuch – zumindest in sportlicher Hinsicht – ist FDP-Regierungsratskandidat **Thomas Vogel**. Sein Herz schlägt für Rot – aber eben nicht in der Politik, sondern in der Formel 1 für Ferrari. Dieses Engagement hat Vogel schon zweimal auf für bürgerliche Politiker heikles Terrain geführt: nach Abu Dhabi. 2012 und 2015 besuchte Vogel die Formel-1-Rennen am Arabischen Golf. Im Gegensatz

zu **Pierre Maudet** (FDP) und **Guillaume Barazzone** (CVP) habe er aber alles selber bezahlt, sagt Vogel. Und da sei auch nichts gewesen mit Luxushotels und Treffen mit reichen Scheichs. Immerhin habe es zu einem Besuch in der Box von **Peter Sauber** gereicht. Eine Einladung hat Vogel nun aber doch angenommen: an die nächste Albisgüetli-Tagung der SVP vom 18. Januar 2019. Was beweist, wie eng das bürgerliche Fünfticket für die Regierungsratswahlen geschmiedet ist. An diesem Abend hat Vogel nämlich Geburtstag.

Alle 180 Kantonsrätinnen und -räte hatten Gelegenheit, sich vom höchsten Arzt im Kanton die Grippeimpfung stechen zu lassen: CVP-Ratskollege **Josef Widler**, Präsident der Ärztesellschaft Kanton Zürich. Nur 26 trauten an, «die anderen hatten wohl Schiss», vermutet er. Und einer verlangte, sich selber zu stechen, der kantonale Apothekerpräsident **Lorenz Schmid** (CVP). «Da ich kein Junkie bin, hats etwas Überwindung gekostet», so Schmid.

Ruedi Baumann

Kantonsräte sind uneins in der Deutung des Landesstreiks

Sozialstaat Linke erinnern an die Erfolge der Arbeiterbewegung, die SVP an die Verdienste der Armee.

Gestern vor 100 Jahren marschierten in Zürich 20 000 Soldaten in die Stadt ein, um weitere Demonstrationen der streikenden Arbeiter zu verhindern. Tags zuvor war eine Kundgebung auf dem Münsterhof, an der 7000 Personen beteiligt waren, gewaltsam aufgelöst worden. Dabei gab es einen Toten und auch mehrere Verletzte.

Gestern haben im Kantonsrat Sozialdemokraten, Grüne und Alternative in einer gemeinsamen Fraktionserklärung an die dramatischen Tage erinnert und vor allem auf die weitreichenden Folgen des Landesstreiks hingewiesen. Für Markus Bischoff (AL) war der Streik die Reaktion auf die unerträglichen Lebensbedingungen jener Zeit und ein Protest gegen die Kriegsprofiteure aus dem Ersten Weltkrieg. SP-Fraktionschef Markus Späth erinnerte daran, dass der Streik zwar abgebrochen wurde, dass sich die vermeintliche Niederlage der Arbeiterinnen und Arbeiter im Rückblick aber als grosser Sieg herausstellte. Viele Forderungen aus dem 9-Punkte-Programm der Streikenden seien mittlerweile erfüllt und erschienen heute als eine Selbstverständlichkeit: so die 48-Stunden-Woche, das Proporzwahlrecht, die AHV und das Frauenstimmrecht.

«Soziale Bewegungen stehen am Anfang des Erfolgsmodells Schweiz», sagte die Grüne Esther Guyer. Gewerkschaftliche Proteste würden ihre Wirkung selten verfehlen, das zeige etwa die machtvolle Kundgebung der Bauarbeiter von letzter Woche. Guyer erwähnte auch den Frauenstreik, mit dem im Juni 2019 Lohngleichheit und hälftige



11. November 1918: Soldaten marschieren auf dem Mythenquai. Foto: Keystone

Frauenvertretungen in Parlamenten und Exekutiven gefordert werden sollen.

Durch die linken Erklärungen fühlte sich von der SVP Kantonsrat Daniel Wäfler herausgefordert. «Die Schweiz verdankt es allen politischen Kräften, dass sie

heute ein moderner Sozialstaat ist», sagte er. Glücklicherweise habe man in jenen Tagen eine «Diktatur des Proletariats» verhindert. Es sei dem Bundesrat, der Armee und auch der «Ver-nunft der sozialdemokratischen Führung» zu verdanken, dass der

Landesstreik ohne grosses Blutvergiessen zu Ende gegangen sei. Besonders die Armee habe Opfer gebracht. In den Kriegsjahren hätten 3000 Soldaten im Aktiviensdienst ihr Leben verloren. Wäfler erinnerte auch an den Sinneswandel des Revolutionärs Robert

Grimm, der 20 Jahre später den Wert der Armee erkannt habe und sich im Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den Bürgerlichen zusammengefunden habe.

Daniel Schneebeli

Rechte fordert Asyl-Transparenz für Gemeinden

Flüchtlinge Jede Gemeinde ist gemäss Asylrecht verpflichtet, Migranten auf der Flucht aufzunehmen – derzeit im Umfang von 0,7 Prozent ihrer Bevölkerung. Ob eine Gemeinde dieser Pflicht nachkommt, ist nur wenigen bekannt, da die Erfüllungsquoten nicht veröffentlicht werden. Diese «Geheimniskrämerei» stört die SVP, darum fordert der Hüntwanger Gemeindepräsident Matthias Hauser zusammen mit Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf) und Rico Brazerol (BDP, Horgen) in einem Postulat die Offenlegung der Zahlen.

«Es ist eine Sauerei, wenn man diese Zahlen geheim hält», sagte Lamprecht gestern und forderte mit seinen Mitstreitern die Dringlicherklärung des Vorstosses. Auch für Hauser ist eine rasche Antwort des Regierungsrates auf die Forderung nötig. Zwei Personen aus dem Gemeindepräsidentenverband (GPV) bekommen die Zahlen zwar zu sehen, doch das genügt Hauser nicht: «Alle anderen Gemeindepräsidenten können froh sein, wenn wir etwas Druck machen.»

Martin Farner (FDP, Oberstammheim) ist einer der beiden Informierten aus dem GPV. Für ihn geht das Postulat in eine falsche Richtung, da die Quoten täglich ändern: «Die Erfüllungsquoten sind Zufallswerte.» Für Hanspeter Göldi (SP, Meilen) ist eine Offenlegung weder zielführend noch dringlich. Zudem gebe es keine renitenten Gemeinden, weiss Göldi. Ebenfalls gegen die Dringlichkeit sprachen sich Grüne, CVP, EVP, GLP und AL aus. «Wir sollten die Gemeinden nicht gegeneinander ausspielen», sagte etwa Laura Huonker (AL, Zürich). Am Ende stimmten 63 Kantonsrätinnen und Kantonsräte für die Dringlichkeit – 60 wären dazu nötig gewesen. Somit muss nun der Regierungsrat das Postulat innert fünf Wochen beantworten. Für eine Überweisung des Postulats brauchte es aber eine Mehrheit des Rates, was mit 63 Stimmen kaum möglich ist. (sch)

Nachrichten

Ein bisschen Tadel für Uni und Fachhochschule

Jahresberichte Der Kantonsrat hat die Jahresberichte der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschule bei wenigen Enthaltungen und einer Gegenstimme genehmigt. Kritisiert wurde unter anderem die fehlende Eigentümerstrategie für die Hochschulen, was die Aufsicht erschwere. (sch)

Einmalzulagen für Lehrer nicht kürzen

Löhne Mit 88 zu 83 Stimmen hat der Kantonsrat ein Postulat abgelehnt, wonach es künftig den Gemeinden überlassen sein soll, ob sie ihren Lehrern Einmalzulagen gewähren wollen. Die Postulanten sehen es als Eingriff in die Gemeindeautonomie an, wenn der Kanton einen Gesamtbetrag für Einmalzulagen festlegt, aber nur 20 Prozent daran zahlt. Die Gegner (SP, Grüne, GLP, EVP, EDU, CVP) pochen auf die Einheitlichkeit der Entlohnung. Welche Lehrer Zulagen erhalten, können Schulen und Gemeinden selber bestimmen. (sch)